

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)**

- Drucksache 6/4810 -

- 2. Lesung -

### **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Energie**

**Berichterstatter:**

Abgeordneter Sven Petke (CDU)

**Beschlussempfehlung:**

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 08 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

Datum des Eingangs: 09.12.2016 / Ausgegeben: 09.12.2016

**Bericht:****A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018) – (Drucksache 6/4810) in seiner 33. Sitzung am 28. September 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

**B. Beratung der Fachausschüsse**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie befasste sich in seiner 22. Sitzung am 12. Oktober 2016 und abschließend in seiner 24. Sitzung am 11. November 2016 mit dem Entwurf des Einzelplanes 08 und empfahl dessen Annahme in der Fassung seiner Beschlüsse.

**C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen**

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 08 in seiner 27. Sitzung am 23. November 2016. An der Beratung nahmen u. a. der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, der Minister für Wirtschaft und Energie, der Minister der Finanzen sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Energie,
- sieben Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE,
- ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion,
- vier Änderungsanträge der AfD-Fraktion und
- ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die folgenden Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE wurden jeweils einstimmig angenommen:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
08 030	686 12	Qualitätssicherung Radwege und Industriekultur	Erhöhung, Erläuterungen
08 030	686 12	Qualitätssicherung Radwege und Industriekultur	Ausbringen von VE <sup>1</sup> , Erläuterungen

<sup>1</sup> Verpflichtungsermächtigungen

08 050	683 66	Zukunftssicherer Medienstandort Berlin-Brandenburg	Erhöhung 2018, Erläuterungen
08 050	TGr. 69	Landesseitige Umsetzung der Bundesrichtlinie zum Breitbandausbau	Erläuterungen (Darstellung VE <sup>1</sup> )
08 050	883 69	Landesseitige Umsetzung der Bundesrichtlinie zum Breitbandausbau	Erhöhung VE

Die folgenden Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE wurden jeweils mehrheitlich angenommen:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
08 010	428 10	Zwei neue Stellen für das MWE	Erhöhung, Erläuterungen
08 140	428 10	Eine neue Stelle für das LBGR <sup>2</sup>	Erhöhung, Erläuterungen

Der folgende Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde mehrheitlich abgelehnt:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
08 050	883 69	Förderung Breitbandausbau im Land Brandenburg	Erhöhung

Die folgenden Änderungsanträge der AfD-Fraktion wurden mehrheitlich abgelehnt:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
08 040	686 20	Energiestrategie	Reduzierung Ansatz um die Hälfte
08 040	682 64	Elektromobilität	Reduzierung Ansatz auf Null

<sup>1</sup> Verpflichtungsermächtigungen

<sup>2</sup> Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg

08 040	891 64	Elektromobilität	Reduzierung Ansatz auf Null
--------	--------	------------------	-----------------------------

Der folgende Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mehrheitlich abgelehnt:

Haushaltsjahre 2017/2018			
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung bzw. Stichwort	Veränderung
08 140	686 40 (neu)	Zuschüsse Forschungsprojekt „Braune Spree“	Ausbringen eines Ansatzes

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen beschloss:

- zur Deckung dringender personeller Bedarfe zwei neue Stellen im Ministerium für Wirtschaft und Energie auszubringen,
- Maßnahmen der Tourismusförderung – Unterstützung von Leitprojekten zur Umsetzung der neuen Landestourismuskonzeption, von vernetzten barrierefreien touristischen Angeboten und der Weiterentwicklung von Qualitätssicherungsmaßnahmen an Radwegen – besser auszustatten, indem die Ansätze jeweils erhöht werden und für 2018 eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht wird,
- im Jahr 2018 die Zuführungen an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH zu erhöhen, um den Medienstandort Berlin-Brandenburg zu sichern,
- Sorge für die landesseitige Umsetzung der Bundesrichtlinie zur Unterstützung des Breitbandausbaus zu tragen, indem Ausgaben für die Realisierung des Entwicklungskonzeptes Brandenburg - Glasfaser 2020 in der Region Spree-wald bereitgestellt werden; zwecks Umsetzung der Bundesrichtlinie wird 2017 eine VE mit Fälligkeiten in den Jahren 2018, 2019 und 2020 ausgebracht,
- eine weitere Stelle im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg mit der Aufgabe der Bearbeitung der INSPIRE-Richtlinie auszubringen.

Absicht des Änderungsantrages der CDU-Fraktion war ebenfalls die Förderung des Breitbandausbaus durch Schaffung leistungsstarker Breitbandnetze. Dafür sollte eine Steigerung der Ausgaben im Jahr 2017 um 30 Millionen Euro und im Jahr 2018 um 20 Millionen Euro vorgesehen werden. Er wurde mit knappem Stimmenergebnis abgelehnt.

Die AfD-Fraktion beantragte:

- die Senkung der Ausgaben für die Erstattung bzgl. der Geschäftsbesorgung mit der Begründung, dass zehn Prozent des Förderbetrages unangemessen hoch und zwei Prozent ausreichend seien,
- die Senkung der Ansätze für Zuschüsse für laufende Zwecke im Rahmen der Energiestrategie um die Hälfte, weil nicht marktfähige Technologien der Stromerzeugung nicht subventioniert werden sollten,

- die Senkung der Ansätze für Elektromobilität auf Null, da Autobauer weltweit mit entsprechender Forschung und Entwicklung befasst seien und Subventionen den Prozess nicht beschleunigen könnten.

Alle diese Änderungsanträge wurden abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezweckte die Ausbringung von Ansätzen (850.000 Euro für 2017 und 1,1 Millionen Euro für 2018) in Bezug auf Zuschüsse für das Forschungsprojekt „Braune Spree“, die aus dem Anteil des Landes Brandenburg an der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) finanziert werden sollten.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen und ohne Stimmenthaltung, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 08 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beigefügten **Anlage 1** zu ersehen.

Sven Petke  
Berichterstatler und  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Haushalt und Finanzen

### **Anlagen**

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 3: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 4: Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (ohne Anlagen)

# Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zur 2. Lesung

des Gesetzentwurfs der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes  
des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017 und 2018  
(Haushaltsgesetz 2017/2018 — HG 2017/2018)  
(Drucksache 6/4810)**

## Gesamtübersicht

### Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft und Energie

	Beträge in Euro		
	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017
Gesamteinnahmen	226.779.700	--	226.779.700
Gesamtausgaben	367.019.900	+340.300	367.360.200
Verpflichtungs- ermächtigungen	382.614.900	+75.480.000	458.094.900
Stellen	319	+3	322

	Beträge in Euro		
	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
Gesamteinnahmen	231.069.300	--	231.069.300
Gesamtausgaben	366.857.800	+690.300	367.548.100
Verpflichtungs- ermächtigungen	356.919.400	--	356.919.400
Stellen	315	+3	318

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

**08 010    Ministerium für Wirtschaft und  
Energie**

(S. 16)    HGr. 4: Personalausgaben

<b>428 10</b> (S. 17/18)	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.391.800	+120.400	<u>5.512.200</u>	5.268.500	+120.400	<u>5.388.900</u>
--------------------------------	--	-----------	----------	------------------	-----------	----------	------------------

Erläuterungen (Änderung):		2017	2018
		EUR	EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte	690.000	690.000
1.2	tariflichen Entgelte	4.822.200	4.698.900
1.3	Entgelte für Auszubildende		

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
1.4	Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten						
2.	Aufwandsentschädigung						
3.	Sonstige Leistungen						
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich- rechtlichen Ausbildungsverhältnis						
<b>Summe</b>					<b><u>5.512.200</u></b>		<b><u>5.388.900</u></b>
<b>Stellenübersicht:</b>							
EntgeltGr.		2016	2017	2018			
E 15 Ü		3,00	3,00	3,00			
E 15		3,00	3,00	3,00			
E 14		5,00	7,00	7,00			
E 13		6,00	<u>8,00</u>	<u>8,00</u>			
E 12		1,00	1,00	1,00			
E 11		9,00	9,00	9,00			
E 8		5,00	5,00	5,00			
E 6		1,00	1,00	1,00			



Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
	E 5		0,00	<u>1,00</u>	<u>1,00</u>		
	E 4		2,00	2,00	2,00		
	Zusammen:		<b>35,00</b>	<b><u>40,00</u></b>	<b><u>40,00</u></b>		

**08 030** Existenzgründung und Unternehmensbegleitung in Industrie, Mittelstand, Handwerk

(S. 44) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

<b>686 12</b> (S. 47)	Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus	70.000	+150.000	<u>220.000</u>	70.000	+200.000	<u>270.000</u>
--------------------------	---	--------	----------	----------------	--------	----------	----------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

**Verpflichtungsermächtigungen (Änderung):**

	2017 EUR	2018 EUR
Betrag:	<u>270.000</u>	40.000
davon fällig:		
2018 bis zu	<u>190.000</u>	
2019 bis zu	<u>80.000</u>	40.000
2020 bis zu		
2021 ff. bis zu		

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung der HH-Jahre	Durch die bis 2015 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2017 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2017	48.620				48.620
2018			<u>190.000</u>		<u>190.000</u>
2019			<u>80.000</u>	40.000	<u>120.000</u>
2020					
2021 ff.					
<b>Summen</b>	<b>48.620</b>		<b><u>270.000</u></b>	<b>40.000</b>	<b><u>358.620</u></b>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

**Erläuterungen:** (Anpassung)

Die Ausgaben dienen im Jahr 2017 der Fortführung des Projektes „Brandenburger Gastlichkeit“, dem Projekt „Energieroute“ und der Entwicklung eines Netzwerkes „Industriekultur in Brandenburg“. Die Ausgaben dienen 2017 und 2018 der Unterstützung von Leitprojekten zur Umsetzung der neuen Landestourismuskonzeption. Darüber hinaus sind für 2017 bis 2019 Ausgaben zur Unterstützung zur Weiterentwicklung von Qualitätssicherungsmaßnahmen an Radwegen im Land Brandenburg vorgesehen. Im Jahr 2018 dienen die Ausgaben darüber hinaus der Unterstützung von Projekten und Unternehmungen im Bereich vernetzte barrierefreie touristische Angebote.

**08 050    Wirtschafts- und Strukturförderung**

(S. 89)    TGr. 66 Förderung der Medienwirtschaft

<b>683 66</b> (S. 90/91 )	Zuschüsse zur Förderung audiovisueller und digitaler Medien in der Region Berlin-Brandenburg	8.086.000	-	8.086.000	7.786.000	+300.000	<u>8.086.000</u>
---------------------------------	--	-----------	---	-----------	-----------	----------	------------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

**Erläuterungen (Änderung):**

	2017 EUR	2018 EUR
1. Zuführung an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH	7.611.000	<u>7.611.000</u>
2. Unterstützung von sonstigen Maßnahmen der Medienwirtschaft	475.000	475.000
<b>Summe</b>	<b>8.086.000</b>	<b><u>8.086.000</u></b>

(...)

Die aktualisierte Liquiditätsrechnung der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH (Seite 92) ist entsprechend anzupassen.

(S. 96) TGr. 69 Förderung des Breitbandausbaus im  
Land Brandenburg

(...)

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

**Erläuterungen (Änderung):**

**Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen für die Titelgruppe 69 gesamt**

Belastung der HH-Jahre	Durch die bis 2015 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2017 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)	HH-Anmeldung (TG 69) (EUR)
1	2	3	4	4	5	6
2017		3.486.900			3.486.900	13.150.000
2018		5.713.400	<u>20.000.000</u>		<u>25.713.400</u>	<u>8.900.000</u>
2019		241.700	<u>45.000.000</u>		<u>45.241.700</u>	<u>5.000.000</u>
2020			<u>15.000.000</u>		<u>15.000.000</u>	50.000
2021 ff.						
<b>Summen</b>		<b>9.442.000</b>	<b><u>80.000.000</u></b>		<b><u>89.442.000</u></b>	<b><u>27.100.000</u></b>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

883 69 (S. 97)	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindever- bände	9.100.000	-	9.100.000	3.600.000	--	3.600.000
-------------------	---	-----------	---	-----------	-----------	----	-----------

**Verpflichtungsermächtigunge  
n (Änderung):**

	2017 EUR	2018 EUR
Betrag:	<u>80.000.000</u>	
davon fällig:		
2018 bis zu	<u>20.000.000</u>	
2019 bis zu	<u>45.000.000</u>	
2020 bis zu	<u>15.000.000</u>	
2021 ff. bis zu		



Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung der HH-Jahre	Durch die bis 2015 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2017 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2017		3.486.900			<b>3.486.900</b>
2018		5.713.400	<u>20.000.000</u>		<b><u>25.713.400</u></b>
2019		241.700	<u>45.000.000</u>		<b><u>45.241.700</u></b>
2020			<u>15.000.000</u>		<b><u>15.000.000</u></b>
2021 ff.					
<b>Summen</b>		<b>9.442.000</b>	<b><u>80.000.000</u></b>		<b><u>89.442.000</u></b>

(...)



Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  +/-	Neuer Ansatz 2018
-------------------------------	-----------------	-----------------	---	----------------------	-----------------	---	----------------------

**08 140** Landesamt für Bergbau, Geo-  
logie und Rohstoffe

(S. 133) HGr. 4: Personalausgaben

<b>428 10</b> (S.134)	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.865.400	+69.900	<u>3.935.300</u>	3.810.300	+69.900	<u>3.880.200</u>
--------------------------	--	-----------	---------	------------------	-----------	---------	------------------

Stellenübersicht:			
EntgeltGr.	2016	2017	2018
E 15	1,00	1,00	1,00
E 14	4,00	4,00	4,00
E 13	5,00	6,00	6,00
E 12	1,00	1,00	1,00
E 11	6,00	<u>8,00</u>	<u>8,00</u>
E 9	3,00	3,00	3,00

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Entwurf 2017	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2017	Entwurf 2018	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz 2018
	E 8		3,00	3,00	3,00		
	E 6		6,00	6,00	6,00		
	E 5		2,00	2,00	2,00		
	<b>Zusammen:</b>		<b>31,00</b>	<b><u>34,00</u></b>	<b><u>34,00</u></b>		

(...)

## **Angenommene Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 08

zur 2. Lesung

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE

EINGEGANGEN

10. NOV. 2016 178

6-159 (77)

Erledigt KP. Vogt. +

705

Einzelplan (Text): Ministerium für Wirtschaft und Energie

Seiten: 17/18

Kapitel:

08 010

Titel: 428 10

Zweckbestimmung: Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Stichwort: 2 neue Stellen für das MWE

Ansatz im Entwurf	2017	Ansatz im Entwurf:	2018
	5.391.800 EUR		5.268.500 EUR
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
	+ 120.400 EUR		+ 120.400 EUR
Ansatz neu:	5.512.200 EUR	Ansatz neu:	5.388.900 EUR

2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen	120.400 EUR
insgesamt:				120.400 EUR

2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen	120.400 EUR
insgesamt:				120.400 EUR

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

	2017 EUR	2018 EUR
....		
1.2 tarifliche Entgelte	4.822.200	4.698.900
....		
Summe	5.512.200	5.388.900

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2016	2017	2018
....			
E 13	6,00	<u>8,00</u>	<u>8,00</u>
....			
E 5	0,00	<u>1,00</u>	<u>1,00</u>
....			
Zusammen:	35,00	<u>40,00</u>	<u>40,00</u>

**Begründung:**

Im Stellenplan ist in den Jahren 2017 und 2018 jeweils die Erhöhung der Anzahl der Stellen E 5 um 1 (Entwurf 0, neu 1), der Stellen E 13 um 1 (Entwurf 7, neu 8) und der Summe der Stellen um 2 (Entwurf 38, neu 40) erforderlich.

Die zusätzlichen Stellen sind notwendig, um dringende personelle Bedarfe zu decken:

**Vorzimmer AL 3 - Stelle E 5 -**

Im Rahmen der Neueinrichtung der Energieabteilung des MWE wurde nur die Planstelle für den Abteilungsleiter neu beantragt und genehmigt. Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Vorzimmerkraft hat sich eine Sachbearbeiterin des MWE bereit erklärt. Da dies nur eine Übergangslösung sein kann, wäre die zusätzliche Ausbringung einer Vorzimmerstelle mit den entsprechenden Personalmitteln (jährlich 43.000 EUR) notwendig.

**Referent/-in Tourismus - Stelle E 13 -**

Für die Aufgaben im Referat Tourismus und insbesondere zur Umsetzung der Landestourismuskonzeption ist die Ausbringung einer zusätzlichen Stelle notwendig. Es hat sich gezeigt, dass dies mit den vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichend abgedeckt werden kann. Hierfür ist die zusätzliche Ausbringung einer Referentenstelle mit den entsprechenden Personalmitteln (jährlich 77.400 EUR) notwendig.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	7	2	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	7	4	-





# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan (Text): 08  
Seite: 47 Kapitel: 08 030 Titel: 686 12  
Zweckbestimmung:  
Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus



Stichworte: Qualitätssicherung Radwege und Industriekultur

Ansatz im Entwurf EUR	2017 70.000 EUR	Ansatz im Entwurf: EUR	2018 70.000 EUR
Änderung (+/-): EUR	+ 150.000 EUR	Änderung (+/-): EUR	200.000 EUR
Ansatz neu: EUR	220.000 EUR	Ansatz neu: EUR	270.000 EUR

## 2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	150.000 EUR
insgesamt:				150.000 EUR

## 2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	EUR
insgesamt:				200.000 EUR

## Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

### Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben dienen im Jahr 2017 der Fortführung des Projektes "Brandenburger Gastlichkeit", dem Projekt "Energieroute" und der Entwicklung eines Netzwerkes "Industriekultur in Brandenburg". Die Ausgaben dienen 2017 und 2018 der Unterstützung von Leitprojekten zur Umsetzung der neuen Landestourismuskonzeption. Darüber hinaus sind für 2017 bis 2019 Ausgaben zur Unterstützung zur Weiterentwicklung von Qualitätssicherungsmaßnahmen an Radwegen im Land Brandenburg vorgesehen. Im Jahr 2018 dienen die Ausgaben darüber hinaus der Unterstützung von Projekten und Unternehmungen im Bereich vernetzte barrierefreie touristische Angebote.

**Begründung:** Brandenburg hat sich im nationalen touristischen Wettbewerb als eine der führenden Radreisedestinationen etabliert. Zur Absicherung der Qualität der vorhandenen touristisch genutzten Radwege ist eine kontinuierliche Erfassung und Sicherung der aktuellen baulichen Zustände der Radwege notwendig.

Der Landestourismusverband e.V. beabsichtigt, für ein nachhaltiges, dauerhaftes Monitoring der Radwege ein App-System zu entwickeln, mit dem künftig Smartphone-gestützt und mit einfacher Handhabung Mängel erfasst, an die zuständigen Baulastträger

direkt gemeldet und somit rasch abgestellt werden können. Ein dazu im Jahr 2015 beim BMVI im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) beantragtes Projekt wurde von dort nicht zur Förderung ausgewählt, soll aber dennoch unter Begleitung u.a. der TMB, AG Fahrradfreundliche Kommunen, MIL/Landesbetrieb Straßenwesen (wg. straßenbegleitender Radwege) umgesetzt werden. Im Hinblick auf die Projektumsetzung beginnend mit den touristisch genutzten Radwegen ist eine finanzielle Beteiligung des MWE erforderlich.

Das Projekt trägt in hohem Maße zur nachhaltigen Sicherung der durch das Land geförderten bzw. mitfinanzierten Infrastrukturmaßnahmen bei. Mit dem die Nutzer aktiv einbeziehenden Qualitätsmonitoring erhält Brandenburg zudem ein weiteres Alleinstellungsmerkmal, das geeignet ist, die gute Marktposition des Radtourismus weiter auszubauen.

Nach Inbetriebnahme und positiver Evaluierung des Systems ist eine Erweiterung auf das Netz der straßenbegleitenden Alltagsradwege zu prüfen.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	8	-	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	9	-	2





# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE

EINGEGANGEN

10. NOV. 2016

6-159(3)

Erledigt: R. K. 17.11.16

Einzelplan (Text): Ministerium für Wirtschaft und Energie

Seite: 47

Kapitel:

08 030

Titel: 686 12

Zweckbestimmung: Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus

Stichwort: Qualitätssicherung Radwege

VE im Entwurf : 2017	40.000 EUR	VE im Entwurf: 2018	40.000 EUR
(2018)	40.000 EUR		
(2019)	0 EUR	(2019)	40.000 EUR
Änderung (+/-):	+ 230.000 EUR	Änderung (+/-):	0 EUR
(2018)	+ 150.000 EUR		
(2019)	+ 80.000 EUR		
VE neu	270.000 EUR	Ansatz neu:	40.000 EUR
mit Fälligkeit in den Jahren:		(2019)	40.000 EUR
(2018)	190.000 EUR		
(2019)	80.000 EUR		

2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben dienen im Jahr 2017 der Fortführung des Projektes "Brandenburger Gastlichkeit", dem Projekt "Energieroute" und der Entwicklung eines Netzwerkes "Industriekultur in Brandenburg". Die Ausgaben dienen 2017 und 2018 der Unterstützung von Leitprojekten zur Umsetzung der neuen Landestourismuskonzeption. Darüber hinaus sind für 2017 bis 2019 Ausgaben zur Unterstützung zur Weiterentwicklung von Qualitätssicherungsmaßnahmen an Radwegen im Land Brandenburg vorgesehen. Im



Jahr 2018 dienen die Ausgaben darüber hinaus der Unterstützung von Projekten und Unternehmungen im Bereich vernetzte barrierefreie touristische Angebote.

**Begründung:**

Brandenburg hat sich im nationalen touristischen Wettbewerb als eine der führenden Radreisedestinationen etabliert. Zur Absicherung der Qualität der vorhandenen touristisch genutzten Radwege ist eine kontinuierliche Erfassung und Sicherung der aktuellen baulichen Zustände der Radwege notwendig.

Der Landestourismusverband e.V. beabsichtigt, für ein nachhaltiges, dauerhaftes Monitoring der Radwege ein App-System zu entwickeln, mit dem künftig Smartphone-gestützt und mit einfacher Handhabung Mängel erfasst, an die zuständigen Baulastträger direkt gemeldet und somit rasch abgestellt werden können. Ein dazu im Jahr 2015 beim BMVI im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) beantragtes Projekt wurde von dort nicht zur Förderung ausgewählt, soll aber dennoch unter Begleitung u.a. der TMB, AG Fahrradfreundliche Kommunen, MIL/Landesbetrieb Straßenwesen (wg. straßenbegleitender Radwege) umgesetzt werden. Im Hinblick auf die Projektumsetzung beginnend mit den touristisch genutzten Radwegen ist eine finanzielle Beteiligung des MWE erforderlich.

Das Projekt trägt in hohem Maße zur nachhaltigen Sicherung der durch das Land geförderten bzw. mitfinanzierten Infrastrukturmaßnahmen bei. Mit dem die Nutzer aktiv einbeziehenden Qualitätsmonitoring erhält Brandenburg zudem ein weiteres Alleinstellungsmerkmal, das geeignet ist, die gute Marktposition des Radtourismus weiter auszubauen.

Nach Inbetriebnahme und positiver Evaluierung des Systems ist eine Erweiterung auf das Netz der straßenbegleitenden Alltagsradwege zu prüfen.

Für die Umsetzung der oben begründeten Maßnahme ist der bisher eingestellte VE-Rahmen für die Jahre 2018 und 2019 nicht auskömmlich.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	8	-	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	9	-	2



# Haushaltsplanentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE

EINGEGANGEN

28 10. NOV. 2016

6-159(4)

Erledigt 12. Dez. 2016

Einzelplan (Text): Ministerium für Wirtschaft und Energie

Seite: 90/91

Kapitel: 08 050

Titel: 683 66

Zweckbestimmung: Zuschüsse zur Förderung audiovisueller und digitaler Medien  
in der Region Berlin-Brandenburg

Stichwort: zukunftssicherer Medienstandort Berlin-Brandenburg

Ansatz im Entwurf	2017	Ansatz im Entwurf:	2018
	8.086.000 EUR		7.786.000 EUR
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
	0 EUR		+ 300.000 EUR
Ansatz neu:		Ansatz neu:	
	8.086.000 EUR		8.086.000 EUR

2017 Deckung bei: entfällt

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
insgesamt:				

2018 Deckung bei: Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	300.000 EUR
insgesamt: :				300.000 EUR

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Keine Änderungen

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

	2017 EUR	2018 EUR
1. Zuführung an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH	7.611.000	<u>7.611.000</u>
2. Unterstützung von sonstigen Maßnahmen der Medienwirtschaft	475.000	475.000
Summe	8086.000	<u>8.086.000</u>

Die aktualisierte Liquiditätsrechnung der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH (Seite 92) ist entsprechend anzupassen.

**Begründung:**

Der Medienstandort Brandenburg zeichnet sich durch eine Vielzahl innovativer Medienunternehmen, einer sehr guten Medieninfrastruktur und sehr gut ausgebildeter Medienschaffender aus. Dies bildet zusammen mit guten Rahmenbedingungen die Grundlage dafür, dass das Land Brandenburg zusammen mit Berlin dabei ist, sich zu dem führenden Medienstandort in Deutschland zu entwickeln. In der internationalen Wahrnehmung hat sich das Land Brandenburg zu dem Ort für sehr große anspruchsvolle Filmproduktionen entwickelt und zeichnet sich insbesondere durch hohe Professionalität der Filmschaffenden aus. Das Land Brandenburg leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur filmkulturellen Entwicklung in Deutschland und Europa.

Die Länder Brandenburg und Berlin bilden eine gemeinsame Medienregion. In den letzten Jahren hat das Land Berlin deutlich mehr Mittel in den Förderfonds der Medienboard eingezahlt als das Land Brandenburg. Durch die Erhöhung der Ausgabeermächtigungen im Jahr 2018 für die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH soll diese erfolgreiche gemeinsame Einrichtung entsprechend der im Jahre 2004 unterzeichneten Verwaltungsvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg weiter gestärkt werden.

Das Land Brandenburg zeichnet sich durch ein sehr reichhaltiges filmkulturelles Erbe aus. Derzeit unternehmen viele Bundesländer und der Bund gemeinsam große Anstrengungen um dies Kulturerbe mit Unterstützung von Einrichtungen wie der Defa-Stiftung abzusichern, zu digitalisieren und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Mit der Erhöhung der Mittel im Haushaltsjahr 2018 soll die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH auch weiterhin in die Lage versetzt werden, genügend Mittel für diese wichtige Kulturaufgabe zur Verfügung stellen zu können.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss	8	-	2
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	10	-	1





# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE

EINGEGANGEN

10. NOV. 2016

6-159/157

Erledigt 11. Nov. 2016

Einzelplan (Text): Ministerium für Wirtschaft und Energie

Seite: 96

Kapitel:

08 050

Titel: TGr. 69

Zweckbestimmung: Förderung des Breitbandausbaus im Land Brandenburg

Stichwort: Landesseitige Umsetzung der Bundesrichtlinie zum Breitbandausbau

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

1. Die Ausgaben aller Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Verpflichtungsermächtigungen bei Titel 883 69 gelten für alle Titel der Titelgruppe.
3. Siehe Vermerk Nr. 5 bei der Titelgruppe 61

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen für die Titelgruppe 69 gesamt**

Belastung der HH-Jahre	Durch die bis 2015 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2017 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	VE- Gesamt- belastung (EUR)	HH- Anmeldung (TG 69) (EUR)
1	2	3	4	4	5	6
2017		3.486.900			3.486.900	13.150.000
2018		5.713.400	<u>20.000.000</u>		<u>25.713.400</u>	8.900.000
2019		241.700	<u>45.000.000</u>		<u>45.241.700</u>	5.000.000
2020			<u>15.000.000</u>		<u>15.000.000</u>	50.000
2021 ff.						
Summen		9.442.000	<u>80.000.000</u>		<u>89.442.000</u>	27.100.000

Die Ausgaben dienen der abschließenden Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Brandenburg - Glasfaser 2020 in der bisher aus technischen Gründen nicht berücksichtigten Region Spreewald, die bis 2019 auch versorgt sein soll sowie der Umsetzung der am 22.10.2015 in Kraft gesetzten Bundesrichtlinie "Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland" im Land Brandenburg.

Die Bundesregierung fördert deutschlandweit den Ausbau leistungsfähiger Breitbandnetze in den Regionen, in denen ein privatwirtschaftlich gestützter Ausbau bisher noch nicht gelungen ist. Ziel der Bundesregierung ist es, in diesen privatwirtschaftlich unzureichend erschlossenen Gebieten Anreize für eine marktmäßige Erbringung zu setzen. Hierzu fördert die Bundesregierung mit finanziellen Mitteln lokale Projekte zum Aufbau einer zukunftsfähigen Netzstruktur, die den Marktakteuren zugutekommt.

## Bundesmittel

Die veranschlagten Ausgaben werden teilweise durch die bei Kapitel 08 050 Titel 331 11 veranschlagten Bundesmittel gedeckt.

## Begründung:

Die Ausgaben dienen der Realisierung der Bundesrichtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Bundesrichtlinie wurde am 22.10.2015 in Kraft gesetzt.

Nach dieser Richtlinie beträgt die Förderquote des Bundes in der Regel 50%, der zu erbringende Eigenanteil der Kommunen bzw. Landkreise in der Regel 10% und der Komplementärfinanzierungsbeitrag des Landes in der Regel 40% der anzuerkennenden Kosten.

Nach gegenwärtiger Erkenntnis ist der bisher eingestellte VE-Rahmen 2017 in Höhe von 4,75 Mio. EUR für die notwendige landesseitige Teilfinanzierung der Bundesförderung zum Breitbandausbau nicht auskömmlich. Es ist davon auszugehen, dass sich am wettbewerblich strukturierten Bundesprogramm voraussichtlich alle Landkreise und drei der vier kreisfreien Städte beteiligen werden. Fünf Landkreise und eine kreisfreie Stadt haben angekündigt, im dritten Call bis zum 28.10.2016 beim Bund einen Antrag zu stellen. Es ist davon auszugehen, dass ein landesseitiger Zuschussbedarf in Höhe von rd. 35 Mio. EUR bestehen wird. Alle anderen Landkreise und kreisfreien Städte haben signalisiert, einen entsprechenden Antrag im vierten Call (voraussichtliche Antragsfrist im März 2017) zu stellen. Somit würden weitere zehn Anträge mit einem überschlägig geschätzten Volumen von rund 50 Mio. EUR im ersten Quartal 2017 beim Land gestellt werden.

Um den o.a. Gebietskörperschaften im Jahr 2017 eine Teilnahme am Bundesprogramm zu ermöglichen, sind für die Bewilligungen im Jahr 2017 VE in Höhe von 80.000.000 EUR im Haushaltsplan 2017 erforderlich. Auszahlungen von Zuschüssen erfolgen nach derzeitigen Erfahrungswerten vorrangig in den Haushaltsjahren 2018, 2019 sowie 2020. Die Ausfinanzierung der VE soll im Jahr 2018 über den Haushaltsvermerk Nr. 5 der TGr. 61 - Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sichergestellt werden, soweit es die Aussteuerung der GRW-Auszahlungsverpflichtungen zulässt.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	10	-	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	M	-	-



# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE

EINGEGANGEN

78 I. Q. NOV. 2016  
6-159(6)

Erledigt 17. Nov. 2016

Einzelplan (Text): Ministerium für Wirtschaft und Energie				10. Okt. 2016 6-1594
Seite: 97	Kapitel:	08 050	Titel: 883 69	Erledigt: 17. Nov.
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände				

Stichwort: Landesseitige Umsetzung der Bundesrichtlinie zum Breitbandausbau

VE im Entwurf : 2017 4.750.000 EUR (2018) 100.000 EUR (2019) 4.650.000 EUR	VE im Entwurf: 2018 0 EUR
Änderung (+/-): + 75.250.000 EUR (2018) + 19.900.000 EUR (2019) + 40.350.000 EUR (2020) + 15.000.000 EUR	Änderung (+/-): 0 EUR
VE neu 80.000.000 EUR mit Fälligkeit in den Jahren: (2018) 20.000.000 EUR (2019) 45.000.000 EUR (2020) 15.000.000 EUR	Ansatz neu: 0 EUR

## 2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

## 2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben dienen der Realisierung der Bundesrichtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“.

**Begründung:**

Die Bundesrichtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland wurde am 22.10.2015 in Kraft gesetzt.

Nach der Richtlinie beträgt die Förderquote des Bundes in der Regel 50%, der zu erbringende Eigenanteil der Kommunen bzw. Landkreise in der Regel 10% und der Komplementärfinanzierungsbeitrag des Landes in der Regel 40% der anzuerkennenden Kosten.

Zum Haushaltsplanaufstellungsverfahren war nicht absehbar, dass die Nachfrage nach dem Förderprogramm im Land Brandenburg seitens der Gebietskörperschaften sehr hoch sein wird.

Nach aktuellem Kenntnisstand ist der bisher eingestellte VE-Rahmen 2017 in Höhe von 4,75 Mio. EUR für die notwendige landesseitige Teilfinanzierung der Bundesförderung zum Breitbandausbau nicht auskömmlich.

Es ist davon auszugehen, dass sich am wettbewerblich strukturierten Bundesprogramm voraussichtlich alle Landkreise und drei der vier kreisfreien Städte beteiligen werden. Vorgeschaltet ist ein Programm zur Beratung der Kommunen mit einem Fördervolumen von jeweils 50.000 €. Gegenwärtig laufen 30 Förderungen von Beratungsleistung im Land Brandenburg. Alle Maßnahmen haben als Ziel, einen Förderantrag beim Bund stellen zu können. Darunter befinden sich 13 Landkreise und drei kreisfreie Städte.

Ein brandenburgischer Landkreis hat im September 2016 einen Bescheid durch den Bund erhalten; die landesseitige Gegenfinanzierung erfolgt noch im Haushaltsjahr 2016.

Fünf Landkreise und eine kreisfreie Stadt haben angekündigt, im dritten Call bis zum 28.10.2016 beim Bund einen Antrag zu stellen. Es ist davon auszugehen, dass ein landesseitiger Zuschussbedarf in Höhe von rd. 35 Mio. EUR bestehen wird. Alle anderen Landkreise und kreisfreien Städte haben signalisiert, einen entsprechenden Antrag im vierten Call (voraussichtliche Antragsfrist im März 2017) zu stellen. Somit würden weitere zehn Anträge mit einem überschlägig geschätzten Volumen von rund 50 Mio. EUR im ersten Quartal 2017 beim Land gestellt werden.

Um den o.a. Gebietskörperschaften im Jahr 2017 eine Teilnahme am Bundesprogramm zu ermöglichen, sind für die Bewilligungen im Jahr 2017 VE in Höhe von 80.000.000 EUR im Haushaltsplan 2017 erforderlich. Auszahlungen von Zuschüssen erfolgen nach derzeitigen Erfahrungswerten vorrangig in den Haushaltsjahren 2018, 2019 sowie 2020. Die Ausfinanzierung der VE soll im Jahr 2018 über den Haushaltsvermerk Nr. 5 der TGr. 61 - Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sichergestellt werden, soweit es die Aussteuerung der GRW-Auszahlungsverpflichtungen zulässt.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	10	-	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	11	-	-





# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
und der Fraktion DIE LINKE

EINGEGANGEN

10. NOV. 2016

6-159(7)

Erledigt H.P. Vork. +

Einzelplan (Text): Ministerium für Wirtschaft und Energie

Seiten: 134

Kapitel:

08 140

Titel: 428 10

Zweckbestimmung: Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Stichwort: 1 neue Stelle für das LBGR

Ansatz im Entwurf	2017	Ansatz im Entwurf:	2018
	3.865.400 EUR		3.810.300 EUR
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
	+ 69.900 EUR		+ 69.900 EUR
Ansatz neu:		Ansatz neu:	
	3.935.300 EUR		3.880.200 EUR

2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen	69.900 EUR
insgesamt:				69.900 EUR

2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
82	20 650	575 10	Zinsen	69.900 EUR
insgesamt:				69.900 EUR

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2016	2017	2018
....			
E 11	6,00	<u>8,00</u>	<u>8,00</u>
.....			
Zusammen:	31,00	<u>34,00</u>	<u>34,00</u>

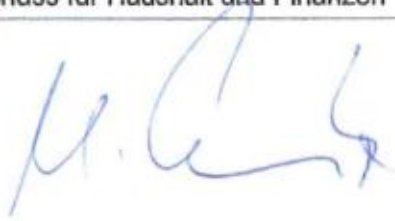
Begründung:

Im Stellenplan ist die Erhöhung der Anzahl der Stellen E 11 und die Summe der Stellen in den Jahren 2017 und 2018 jeweils um 1 Stelle erforderlich.  
Zur Bearbeitung der INSPIRE-Richtlinie, die über das ursprüngliche Aufgabenprofil des LBGR hinausgeht, wird die Notwendigkeit einer zusätzlichen Sachbearbeiterstelle inklusive der entsprechenden Personalausgaben (jährlich 69.900 EUR) gesehen.



--

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	9	1	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	10	1	-



## **Abgelehnte Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 08

zur 2. Lesung

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Vom 02.11.2016

EINGEGANGEN

02. NOV. 2016  
6-15612

Erfolgt...  
Zuschüsse  
7.50%

Einzelplan (Text): 08 Ministerium für Wirtschaft und Energie

Seite: 62

Kapitel: 08040

Titel: 686 20

Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Rahmen der Energiestrategie

Stichwort: Energiestrategie

Ansatz im Entwurf 2017	EUR 220.000	Ansatz im Entwurf 2018	EUR 220.000
Änderung (+/-):	- EUR 110.000	Änderung (+/-):	- EUR 110.000
Ansatz neu:	EUR 110.000	Ansatz neu:	EUR 110.000

2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Keine Subvention von nicht marktfähigen Technologien und Stromerzeugung.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	1	9	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	1	10	-

*Schmidt*

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der AfD-Fraktion  
Vom 02.11.2016

EINGEGANGEN

09. NOV. 2016 17h

6-158(2)

Erledigt 18.11.2016 17h

Einzelplan (Text): 08 Ministerium für Wirtschaft und Energie

Seite: 68

Kapitel: 08040

Titel: 682 64

Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen

Stichwort: Elektromobilität

Ansatz im Entwurf 2017	EUR 300.000	Ansatz im Entwurf 2018	EUR 300.000
Änderung (+/-):	- EUR 300.000	Änderung (+/-):	- EUR 300.000
Ansatz neu:	EUR 0	Ansatz neu:	EUR 0

2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Elektromobilität entwickelt der Markt. Die Autobauer sind weltweit mit entsprechender Forschung und Entwicklung engagiert. Subventionen können den Prozess nicht beschleunigen.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	1	9	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	1	10	-

*Schulte*



# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der AfD-Fraktion  
Vom 02.11.2016

EINGEGANGEN

02. NOV. 2016  
6-108(17)

Erledigt: 19.10.2017

Einzelplan (Text): 08 Ministerium für Wirtschaft und Energie

Seite: 68

Kapitel: 08040

Titel: 891 64

Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen

Stichwort: Elektromobilität

Ansatz im Entwurf 2017	EUR 150.000	Ansatz im Entwurf 2018	EUR 150.000
Änderung (+/-):	- EUR 150.000	Änderung (+/-):	- EUR 150.000
Ansatz neu:	EUR 0	Ansatz neu:	EUR 0

2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				EUR
insgesamt:		EUR		

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Elektromobilität entwickelt der Markt. Die Autobauer sind weltweit mit entsprechender Forschung und Entwicklung engagiert. Subventionen können den Prozess nicht beschleunigen.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	1	9	-
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	1	10	-



EINGEGANGEN

17. Okt. 2016 178

6-151

Erledigt 12.9. Vergr. + 128f

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Vom 11.10.2016

<b>Einzelplan (Text): 08 Ministerium für Wirtschaft und Energie</b>		
<b>Seite:</b> 97	<b>Kapitel:</b> 08 050	<b>Titel:</b> 883 69
<b>Zweckbestimmung:</b> Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		

**Stichwort:** Förderung des Breitbandausbaus im Land Brandenburg

<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b>
	9.100.000 EUR		3.600.000 EUR
<b>Änderung (+/-):</b> +	+ 30.000.000 EUR	<b>Änderung (+/-):</b>	+ 20.000.000 EUR
<b>Ansatz neu:</b>	39.100.000 EUR	<b>Ansatz neu:</b>	23.600.000 EUR

**2017 Deckung bei:** Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
19	20 020	359 15	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	30.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>30.000.000 EUR</b>

**2018 Deckung bei:** Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
19	20 020	359 15	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	20.000.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>20.000.000 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:**

Erfolgreiche Digitalisierung und damit die Zukunft Brandenburgs als Wirtschaftsstandort hängt heute entscheidend von der Breitbandinfrastruktur ab. Leistungsstarke Breitbandnetze sind die elementare Voraussetzung, um die brandenburgische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten und gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land zu sichern. Vor diesem Hintergrund bietet der Breitbandausbau gerade für ländliche Regionen Möglichkeiten einer Attraktivitätssteigerung für Bürger und erhöht die Ansiedlungsbereitschaft von Unternehmen.

Mit diesem Änderungsantrag sollen die Kofinanzierungsmittel für die Realisierung der



Bundesrichtlinie "Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland" vom 22.10.2015 aufgestockt werden, um eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandverbindungen mit mindestens 50 Mbit/s im Technologiemix bis Ende 2018 im Land Brandenburg zu gewährleisten.

Zur Deckung:

Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht die Deckung von Mehrbedarfen in der Titelgruppe 69 „Förderung des Breitbandausbaus im Land Brandenburg“ durch die veranschlagten Haushaltsermächtigungen der Titelgruppe 61 „Zuschüsse und Zuweisungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ (GRW)“ vor. In diesem Fall wird der korrespondierende Bundesanteil gesperrt.

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung ändern sich rasant die Anforderungen an die strukturschwachen Gebiete im regionalen Standortwettbewerb. Die GRW verfügt zwar über ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft, diese Finanzierungsinstrumente sollen jedoch in erster Linie dafür genutzt werden, um die Förderpolitik maximal innovationsorientiert auszurichten und die Potenziale des digitalen Wandels optimal auszunutzen. Dies erfordert eine verstärkte Verschiebung der Förderprioritäten bei der Umsetzung der GRW zu Gunsten der Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovationsumsetzung, Weiterbildung und Gründungsunterstützung. Damit wird ein fairer Standortwettbewerb und folglich Wachstum und Beschäftigung vor allem in ländlichen Gebieten gesichert.

Eine Entnahme der GRW-Landesmittel für den Breitbandausbau wird durch die Sperrung des korrespondierenden Bundesanteils zum „Verlust“ der Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe führen und ist daher kontraproduktiv. Die Finanzierung der Breitbandinfrastruktur muss komplett durch die zweckgebundenen Mittel im Haushalt gedeckt werden und darf nicht zu Lasten der Zukunftsprojekte im Bereich Digitalisierung – auf Basis dieser Breitbandinfrastruktur – gehen und damit den digitalen Wandel in Brandenburg gefährden.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	3	6	1
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	5	6	—

  
Dierk Homeyer

  
Frank Bommert

# Haushaltsentwurf/Haushalt 2017/2018

## Forschungsprogramm zur Senkung des Gefahrenpotentials durch Austragung von Eisenhydroxidschlamm aus dem Tagebau

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Vom 08.11.2016

**Einzelplan (Text): 08 Ministerium für Wirtschaft und Energie**  
**Seite: 141 Kapitel: 08 140 Titel: (neu) 686 40**  
**Zweckbestimmung: Zuschüsse Forschungsprojekt "Braune Spree"**



**Stichwort:** Untersuchungsdefiziten begegnen – Forschungsmittel "Braune Spree"

<b>Ansatz im Entwurf</b>	<b>2017</b>	<b>Ansatz im Entwurf:</b>	<b>2018</b>
	0 EUR		0 EUR
<b>Änderung (+/-):</b>	850.000 EUR	<b>Änderung (+/-):</b>	1.100.000 EUR
<b>Ansatz neu:</b>	850.000 EUR	<b>Ansatz neu: EUR</b>	1.100.000 EUR

### 2017 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
34	08 020	686 10	Anteil des Landes Brandenburg an der Internationalen Luftfahrtstellung (ILA)	850.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>850.000 EUR</b>

### 2018 Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
34	08 020	686 10	Anteil des Landes Brandenburg an der Internationalen Luftfahrtstellung (ILA)	1.100.000 EUR
<b>insgesamt:</b>				<b>1.100.000 EUR</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Begründung:** Studien zu verschiedenen Forschungsschwerpunkten sind dringend notwendig. So herrschen etwa Untersuchungsdefizite bei der Langfriststabilität von Eisenhydroxidschlamm im aktiven und im Sanierungsbergbau, beim Gefahrenpotential für den Spreewald durch Austragung von Eisenhydroxidschlamm aus der Talsperre Spremberg, bei Hochwasser sowie zur Separierung von Eisenhydroxid aus den Schlämmen. Eine entsprechende Summe für Untersuchungen zu diesen Themenfeldern sollte in den Haushalt eingestellt werden.



Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltungen
Fachausschuss	1	8	1
Ausschuss für Haushalt und Finanzen	1	9	1

Axel Vogel

**Landtag Brandenburg**

6. Wahlperiode

EINGEGANGEN

16. November 2016

17. NOV. 2016 / 454  
v. Wf. AHF, Maf, URH,  
Erledigt MWE, CdS

**Stellungnahme**

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)**

- Drucksache 6/4810 -

**Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Energie**

**Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung**

In Verbindung damit

**Finanzplan des Landes Brandenburg 2016 bis 2020**

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 6/4811 -

und

Unterrichtung durch die Landesregierung

**Aktualisierte Personalbedarfsplanung 2020 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung**

- Drucksache 6/4812 -

Berichterstatter: Abgeordneter Ralf Holzschuher (SPD)

## **Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag

1. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drucksache 6/4810) - Einzelplan 08 - in der vom Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschlossenen Fassung empfehlen;
2. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drucksache 6/4810) - Einzelplan 20 - in der vom Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschlossenen Änderung empfehlen;
3. empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2016 bis 2020 in der Unterrichtung durch die Landesregierung Drucksache 6/4811 zur Kenntnis zu nehmen;
4. empfehlen, die „Aktualisierte Personalbedarfsplanung 2020 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ in der Unterrichtung durch die Landesregierung (Drucksache 6/4812 zur Kenntnis zu nehmen.

## **Bericht**

### **A. Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2017/2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)“ - Drucksache 6/4810 -, der „Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2016 bis 2020“ - Drucksache 6/4811 - sowie die „Aktualisierte Personalbedarfsplanung 2020 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ - Drucksache 6/4812 - wurden vom Landtag in seiner 33. Sitzung am 28. September 2016 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen - federführend - und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie befasste sich mit dem o. g. Gesetzentwurf, hier speziell mit dem Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Energie -, dem oben genannten Finanzplan und der „Aktualisierten Personalbedarfsplanung 2020 und ressortübergreifenden Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ in seiner 22. Sitzung am 12. Oktober 2016 und abschließend in seiner 24. Sitzung am 11. November 2016.

### **B. Beratung**

Zu der abschließenden Beratung am 2. November 2016 lagen dem Ausschuss

- 7 Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE
- 1 Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- 1 Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE/B90 und



#### 4 Änderungsanträge der AfD Fraktion

vor.

Im Wesentlichen konzentrierte sich die Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie auf die Förderung und den Ausbau des Breitbandausbaus im Land Brandenburg. Dazu stellte die CDU-Fraktion einen Antrag, der eine Erhöhung der Ansätze für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 vorsieht. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE stellten hierzu ebenfalls zwei Anträge, die eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen vorsehen, um damit die Bundesrichtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ im Land Brandenburg bis zum Jahr 2020 zu realisieren und auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. Diese Anträge wurden einstimmig angenommen.

Weitere Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE befassten sich u. a. mit der Qualitätssicherung der Radwege und dem zukunftssicheren Medienstandort Berlin-Brandenburg. Die hierfür vorgesehenen Deckungen bei den Kreditmarktmitteln sorgten bei der Opposition für Kritik. Diese Anträge wurden dennoch im Ausschuss für Wirtschaft und Energie einstimmig angenommen.

Die Anträge der AfD-Fraktion konzentrierten sich auf Kürzungen in den Themenfeldern ILB Meistergründungsprämie, Energiestrategie und Elektromobilität. Vom Ausschuss für Wirtschaft und Energie wurden die Anträge mehrheitlich abgelehnt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte die Einstellung eines neuen Titels im Bereich des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, um Untersuchungsdefiziten bei der Langfriststabilität von Eisenhydroxidschlamm zu begegnen und Zuschüsse für ein Forschungsprojekt „Braune Spree“ bereitzustellen. Die in dem Antrag vorgesehene Deckung – Anteil des Landes Brandenburg an der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) – sorgte für eine teils kontroverse und lebhaft diskutierte Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Im Ergebnis der Beratung zum Einzelplan 08 und zum Einzelplan 20 votieren die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Energie mehrheitlich dafür, dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Annahme der Einzelpläne in überarbeiteter Fassung zu empfehlen.

Des Weiteren nimmt der Ausschuss für Wirtschaft und Energie den „Finanzplan des Landes Brandenburg 2016 bis 2020“ und die „Aktualisierte Personalbedarfsplanung 2018 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ zur Kenntnis.



Ralf Holzschuher  
Berichtersteller und Vorsitzender  
des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

**Anlagen**

- Anlage 1: Gesamtübersicht über den Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft und Energie  
(neuer Ansatz 2017/2018); Veränderungsnachweis zum Einzelplan 08
- Anlage 2: Gesamtübersicht über den Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (neuer Ansatz 2017/2018); Veränderungsnachweis zum Einzelplan 20
- Anlage 3: Änderungsanträge zum Einzelplan 08